



**Geschäftsführung  
Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben,  
Schwule und Transgender**

Frau Bonnemann

Telefon: (0221) 221 29661

Fax: (0221) 221 29166

E-Mail: Susanne.Bonnemann@Stadt-Koeln.de

Datum: 16.07.2019

## Niederschrift

über die **19. Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender** in der Wahlperiode 2014/2020 am Dienstag, dem 12.03.2019, 17:00 Uhr bis 19:00 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

### Anwesend waren:

#### Vorsitzende

Frau Oberbürgermeisterin Henriette Reker

#### Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Dr. Beate Blatz	Rubicon e.V.
Frau Sophie Sänger	TX Köln
Herr Jochen Saurenbach	Rheinfetisch e.V.
Herr Michael Schuhmacher	Aidshilfe Köln e.V.
Herr Alf Bernd Spröde	Völklinger Kreis e.V.

#### Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dirk Bachhausen	St. Sebastianus und Afra Schützenbruderschaft
Frau Christine Brandhorst	TX Köln
Frau Carolina Brauckmann	Rubicon e.V.
Herr Stephan Claasen	HomoKlüngel e.V.
Frau Michaela Diers	AIDS-Hilfe Köln e.V.
Herr Jürgen Piger	Jugendzentrum anyway e.V.
Frau Ina Wolf	KLuST e.V.

#### Beratende Mitglieder

Frau Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes	SPD
Herr Bürgermeister Andreas Wolter	GRÜNE
Frau Maria Katharina Westphal	auf Vorschlag der FDP
Frau Güldane Tokyürek	DIE LINKE
Herr Thomas Steffen	auf Vorschlag von DIE LINKE



Frau OB Reker verkündet, dass seit der letzten Sitzung der Geschäftsführung der StadtAG LST zwei Rücktritte gemeldet worden seien: Frau Leonora Friese von TX Köln sei aus persönlichen Gründen als stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied zurückgetreten. Ebenso sei Herr Helge Gilberg vom LSVD Köln aus persönlichen Gründen als stimmberechtigtes Mitglied zurückgetreten.

Frau OB Reker dankt Frau Friese und Herrn Gilberg herzlich für das geleistete ehrenamtliche Engagement. Als neues Mitglied begrüßt sie heute Christine Brandhorst von TX Köln, die damit als stellvertretendes Mitglied die Vertretung von Frau Sophie Sänger von TX Köln übernehmen werde. Vom LSVD Köln sei bisher noch keine Nachfolge für Herrn Gilberg benannt worden.

*Es erfolgt die Verpflichtung in das Ehrenamt und die Verpflichtung zur Verschwiegenheit.*

*Folgende Punkte bzw. Vorlagen werden zur Tagesordnung zugesetzt:*

- 1.2 Delegationsreisen in Kölner Partnerstädte
- 1.3 Veranstaltung zum Internationalen Tag gegen Homo-, Bi- und Transfeindlichkeit
- 1.4 CSD Parade - Ausnahmeregelung bei Dieselfahrverbot (Tischvorlage)
- 2.1 Nachbesetzung Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner und deren Stellvertretungen (Antrag)
- 4.1 Anhörung von LSBTI-Geflüchteten in NRW
- 7.4. Aktionsplan LSBTI (Mitteilung)
- 7.5 Kampagne zur Erhöhung der Anzeigenbereitschaft bei homo- und transphober Gewalt (Mitteilung)
- 10.1 Cologne Pride 2019

### **Beschluss:**

Die vorliegende Tagesordnung wird mit diesen Ergänzungen durch die StadtAG LST beschlossen.

### **Tagesordnung**

#### **I. Öffentlicher Teil**

- 1 Beantwortungen von Anfragen und Fragen zu Mitteilungen aus früheren Sitzungen**
  - 1.1 Ausstattung der Fachstelle LST mit den erforderlichen Personal- und Sachmitteln  
hier: Anfrage von Michael Schuhmacher vom 25.01.2019
  - 1.2 Delegationsreisen in Kölner Partnerstädte  
0656/2019

1.3 Veranstaltung zum Internationalen Tag gegen Homo-, Bi- und Transfeindlichkeit (17.05.2019)  
hier: mündliche Beantwortung

1.4 CSD Parade - Ausnahmeregelung bei Dieselfahrverbot  
0872/2019

## **2 Anträge/Beschlüsse/Beschlussempfehlungen**

2.1 Nachbesetzung Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner und deren Stellvertretungen

## **3 Trans\***

## **4 LSBTI Geflüchtete**

4.1 Anhörung von LSBTI-Geflüchteten in NRW  
hier: mündlicher Sachstandsbericht

## **5 Sichtbarkeit von Lesben in Köln**

5.1 Lesbenfrühlingstreffen in Köln 2019  
hier: mündlicher Sachstandsbericht

## **6 Diversity**

## **7 Sachstandsberichte und Mitteilungen**

7.1 Entschädigung von ehrenamtlichen Gremienmitgliedern  
4277/2018

7.2 LSBTI Austausch mit Partnerstädten: Planung 2019  
hier: mündlicher Sachstandsbericht

7.3 Studie: LSBTIQ als wirtschaftlicher Standortfaktor für Köln  
hier: mündlicher Sachstandsbericht

7.4 Aktionsplan LSBTI: „Selbstverständlich unterschiedlich - Aktionsplan der Stadt Köln zur Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt“  
0729/2019

7.5 Kampagne zur Erhöhung der Anzeigenbereitschaft bei homo- und transphober Gewalt  
0740/2019

**8        Berichte aus Ausschüssen**

**9        Mündliche Anfragen**

**10       Öffentlichkeitsarbeit**

10.1    Cologne Pride 2019  
         hier: mündlicher Sachstandsbericht

**11       Themen der nächsten Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und  
         Transgender**

**12       Verschiedenes**

## I. Öffentlicher Teil

### 1 Beantwortungen von Anfragen und Fragen zu Mitteilungen aus früheren Sitzungen

#### 1.1 Ausstattung der Fachstelle LST mit den erforderlichen Personal- und Sachmitteln hier: Anfrage von Michael Schuhmacher vom 25.01.2019

Frau OB Reker betont, dass sie dankbar sei, dass die StadtAG sie damals gut aufgenommen und akzeptiert habe, als sie in die Schuhe von Marlis Bredehorst geschlüpft sei. Weil es ihr ein Herzensthema sei, habe sie das Thema jetzt auch in ihr Dezernat geholt. Sie könne als Oberbürgermeisterin zwar nicht alles zur Cheffinnsache machen, wenn es aber auf die Haltung ankomme, wolle sie solche Themen zu sich holen.

Frau OB Reker erklärt, dass die schriftliche Beantwortung der Anfrage leider noch nicht vorliege. Daher beantworte Herr Oster sie hier nun mündlich.

Herr Oster betont, dass man sich mit der Anfrage von Herrn Schuhmacher intensiv und ausführlich beschäftigt habe. Die Antwort auf die Anfrage wird in den nächsten Tagen als Vorlage kommen. Für die Zeitverzögerung bittet er um Entschuldigung.

Herr BM Wolter bestätigt, dass mit der Anfrage bei der Politik offene Türen eingerannt worden seien. Im Rahmen der Haushaltsplanberatungen habe es zu dem Thema Gespräche und Vorschläge gegeben. Eine personelle Zusetzung sei schon vor drei Jahren zugesagt worden. Der zweite Punkt seien die Sachmittel. Der LSBTI-Beauftragte der Stadt Mannheim habe ihm mitgeteilt, dass er 23.000 Euro Sachmittel im Haushalt habe. Die Politik stelle sich in Köln ebenfalls angemessene Sachmittel für den Fachbereich vor, um beispielsweise Druckerzeugnisse zu erstellen, Mittel für Fahrten zum Austausch zu haben oder eine kleine Konferenz zu veranstalten. Dies gelte auch für die Menschen mit Behinderung.

Frau Dr. Blatz findet es unbefriedigend, noch keine schriftliche Vorlage erhalten zu haben. In den ersten beiden Jahren ihrer Mitgliedschaft in der StadtAG habe man bereits personelle Zusetzungen zugesagt, bisher sei dies noch nicht umgesetzt. Bei Betrachtung des Fragekatalogs könne sie nur feststellen, dass sie als StadtAG eigentlich nicht handlungsfähig seien. Bei krankheitsbedingten Ausfällen in der Fachstelle gäbe es keine Vertretung. Deshalb verzögere sich beispielsweise der Aktionsplan.

Herr Schuhmacher ist froh, dass die Anfrage ernsthaft bearbeitet werde. Allerdings sei es wichtig, dass die Beantwortung nicht erst vorliege, wenn der Haushaltsplan schon fertig sei. Damit würde der StadtAG die Möglichkeit genommen zu agieren, dann wäre der weitere Schritt die Einschaltung der Öffentlichkeit.

Herr Spröde äußert ebenfalls seinen Ärger. Köln schmücke sich als „Rainbow City“, die Wirtschaftsstudie stehe auch noch vor der Veröffentlichung. Auch er habe als Vertreter eines Berufsverbandes kein Problem damit, das Thema in die Öffentlichkeit zu tragen. Städte wie Hannover, Dortmund und Mannheim seien mit Personal oder Sachmitteln besser ausgestattet. Köln könne sich da nicht herausreden. Er erwarte vor den Sommerferien ein Ergebnis.

Frau OB Reker erläutert, dass sie Städtevergleiche grundsätzlich schwierig finde. Sie freue sich, dass Menschen immer noch nach Köln kommen, obwohl es in anderen Städten doch besser sein solle. Des Weiteren hoffe sie, dass Köln die Ergebnisse der Wirtschaftsstudie nutzen könne. Herr Oster werde jetzt weitere Details aus der schriftlichen Beantwortung der Anfrage erläutern, denn die Vorlage sei ja schon erstellt, nur noch nicht von allen Kolleginnen und Kollegen mitgezeichnet, und deswegen noch nicht umgedruckt.

Herr Oster teilt mit, dass es gelingen konnte unterjährig eine halbe Stelle zuzusetzen, die erst einmal bis Ende nächsten Jahres befristet sei. Die Stelle sei auch schon ausgeschrieben. Ei-

ne Verbesserung der Situation in der Fachstelle sei durch die Besetzung der Leitung mit Frau Bonnemann und der Aufstockung von insgesamt 1,5 Stellen auf insgesamt 2,0 Stellen somit schon erfolgt. Den Aufgaben der Fachstelle Wochenstunden der Mitarbeitenden zuzuweisen, werde der neuen Amtsstruktur nicht gerecht. Aufgaben wie Verwaltung und Finanzen würden jetzt an anderer Stelle innerhalb des Amtes bearbeitet. Die Sachmittel, die durch die Verwaltung für die Umsetzung von Diversity Management bei der Einrichtung des Amtes bereitgestellt wurden, seien in diesem Jahr ausreichend. Nicht zuletzt auch Dank der Zusetzung, die durch die Politik in der Vergangenheit erfolgt ist. Für die Fertigstellung des Aktionsplans beispielsweise seien, in diesem Jahr noch Mittel vorhanden. Für die neuen Haushaltsplanberatungen gibt es konkrete Vorstellungen, was angemeldet werde.

Herr Saurenbach betont, dass Frau Bredehorst die Stelle damals kostenneutral eingerichtet habe. Er appelliere an die Politik, sie solle Haltung zeigen und nicht immer der Verwaltung die Schuld geben.

Herr Schuhmacher erklärt, dass er die Anfrage so komplex formuliert habe, um die Dimension deutlich zu machen, mit denen sich die Fachstelle befasse. Er freue sich jetzt über eine konkrete Beantwortung.

Frau BM Scho-Antwerpes freut sich, dass es nun endlich gelingen würde, den doch zuletzt schlechten Zustand zu verbessern.

Herr BM Wolter merkt an, dass es bisher leider meistens so war, dass Mittel erst im Rahmen des politischen Veränderungsnachweises zugesetzt wurden und nur leider sehr selten Anträge gestellt wurden, die durch den Rat der Stadt Köln beschlossen werden müssten. Das Problem sein, dass beim politischen Veränderungsnachweis immer nachgewiesen werden müssen, wie die Deckung für das zugesetzte Geld erfolgen könne. Dies habe zur Folge, dass andere ebenfalls wichtige Aufgaben dann nicht umgesetzt werden könnten. Zudem sei es ihm wichtig, dass die Fachstelle ebenfalls mit Sachmitteln - mindestens ein fünfstelliger Betrag - ausgestattet werde. In der Runde der StadtAG könne dann überlegt werden, wofür dieser dann eingesetzt werde.

Die StadtAG LST nimmt die mündliche Beantwortung zur Kenntnis und bittet um Wiedervorlage des TOPs zur nächsten Sitzung mit einer schriftlichen Beantwortung.

## **1.2 Delegationsreisen in Kölner Partnerstädte 0656/2019**

Die StadtAG LST nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

## **1.3 Veranstaltung zum Internationalen Tag gegen Homo-, Bi- und Transfeindlichkeit (17.05.2019) hier: mündliche Beantwortung**

Frau OB Reker erläutert, dass Herr Spröde - im Auftrag des Kölner Community Bündnisses - in der letzten Sitzung die Verwaltung beauftragt habe zu klären, ob sie als Oberbürgermeisterin bereit sei, zum Jubiläumsjahr der Stonewall-Aufstände – am 17.05.2018 in Verbindung mit dem IDAHOBIT (Internationaler Tag gegen Homo- Bi- und Transfeindlichkeit) einen Empfang im Rathaus auszurichten. Sie freue sich der StadtAG heute mitteilen zu können, dass sie am 17. Mai 2019 zwischen 17 und 18 Uhr im Rathaus einen Empfang geben werde, der von der Fachstelle LSBTI in Kooperation mit dem mit dem Büro für internationale Angelegenheiten gestaltet werde.

Frau BM Scho-Antwerpes fragt, ob die geplante Ausstellungseröffnung im Anschluss an den Empfang stattfinden werde.

Frau Bonnemann weist darauf hin, dass die Ausstellung des internationalen Rainbow City Netzwerks zu einem anderen – noch nicht bekannten - Termin im Stadthaus Deutz gezeigt werde, da der Lichthof im Rathaus zum 17. Mai bereits belegt sei. Im Anschluss an den Emp-

fang am 17. Mai finde um 18 Uhr eine von der LSBTIQ Community organisierte IDAHOBIT-Veranstaltung auf der Domplatte statt.

Frau Rehberg weist darauf hin, dass nur der Foto-Beitrag der Stadt Köln zur Rainbow Cities Ausstellung beim Empfang gezeigt werde. Sobald bekannt sein, wann die gesamte Ausstellung im Stadthaus Deutz zu sehen sein, werde die Fachstelle alle Interessierten informieren. Herr Spröde bedankt sich herzlich, dass der Internationale Tag gegen Homo-, Bi- und Transfeindlichkeit in einem würdigen Rahmen begangen werde.

Die StadtAG LST nimmt die mündliche Beantwortung der Anfrage zur Kenntnis.

#### 1.4 CSD Parade - Ausnahmeregelung bei Dieselfahrverbot 0872/2019

Frau OB Reker erläutert, dass sie davon ausgehe, dass es am ersten Juliwochenende in diesem Jahr noch keine Einschränkungen für Dieselfahrzeuge geben werde.

Die StadtAG LST nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

## 2 Anträge/Beschlüsse/Beschlussempfehlungen

### 2.1 Nachbesetzung Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner und deren Stellvertretungen

Über den Antrag von Frau Dr. Blatz, der als Sammelantrag für insgesamt vier Nachbesetzungen gilt, wird abgestimmt.

#### Beschluss

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender schlägt dem Rat der Stadt Köln vor, folgende Personen gem. § 23a Abs. 3 Hauptsatzung der Stadt Köln als Sachkundigen Einwohner/Sachkundige Einwohnerin oder stellvertretenden Sachkundigen Einwohner/stellvertretende Sachkundige Einwohnerin in folgende Ausschüsse zu entsenden:

Ausschuss	Sachkundige/r Einwohner/in	Vertreter/in
<b>Gesundheitsausschuss</b>	Sophie Säger TX Köln (Beschlussfassung vom 04.12.2018)	<b>NEU: Kathrin Balke</b> <b>Jugendzentrum anyway e.V.</b> bisher Sophie Säger
<b>Stadtentwicklungsausschuss</b>	Sascha Korinek LSVD Köln e.V.	<b>NEU: Ina Wolf</b> <b>KLuST e.V.</b>  bis 2016 Herr Jürgen Ulrich (KLuST e.V.)
<b>Wirtschaftsschuss</b>	<b>NEU: Dirk Bachhausen</b> <b>St. Sebastianus und Af-</b>	<b>NEU: Natalie Hagen</b> <b>KLuST e.V.</b>



	<b>ra Schützenbruderschaft</b> <i>bisher Jörg Kalitowitsch</i> <i>(KLuST e.V.)</i> <i>Rücktrittserklärung</i> <i>28.11.2018</i>	<i>bisher Claudia Mewaldt</i> <i>(KLuST e.V.) Rücktritts-</i> <i>erklärung 28.11.2018</i>
--	---	---

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

### **3 Trans\***

Frau OB Reker erklärt, dass es zu diesem Tagesordnungspunkt keine schriftlichen Vorlagen gebe.

Frau Sänger bittet darum, mündlich zwei Sachstände mitteilen zu können. In früheren Sitzungen sei bereits über geschützte Schwimmzeiten für Transpersonen gesprochen worden. Merit Kummer vom Rubicon e.V. habe die Koordination in Absprache mit der Fachstelle LSBTI übernommen. Hierzu wurde ihr von der Fachstelle ein Kontakt zum Bäderbetriebsmanagement, zu Herrn Gerhard Schneider vermittelt, der das Thema jetzt intern im Haus besprechen würde. Der zweite Punkt betreffe das Thema Trans\* in Krankenhäusern. Frau Reker und Frau Scho-Antwerpes hätten beide einen entscheidenden Anteil daran, dass das Thema in Köln einen guten Start hatte. Die bisher recht erfolgreichen und positiven Erfahrungen, die nach dem Fachgespräch im letzten Jahr gemacht wurden, sollten nun auf Alten- und Pflegeheime übertragen werden. In der letzten Sitzung der StadtAG LST habe Herr Woltmann vom Amt für Soziales und Senioren Handlungsbedarf für diesen Bereich signalisiert. Sie wisse bereits, dass es eine Kontaktaufnahme zwischen Herrn Woltmann und Frau Bonnemann gäbe, um das Thema intern zu besprechen. Ein weiteren Termin sein bereits geplant. Dieses Engagement freue sie sehr.

Frau OB Reker regt eine Kontaktaufnahme mit den Ausbildungseinrichtung für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen an, um herauszufinden, ob oder inwieweit das Thema bereits in den Ausbildungsplänen und im Unterricht Einzug gehalten haben.

Frau Brauckmann erinnert an die Anregung von Herrn Dr. Rau bei der letzten Sitzung der StadtAG im Dezember 2018, einen fachlichen Austausch zu organisieren. Bei der letzten Sitzung der StadtAG sei es leider mit dem eingeladenen Experten, Herrn Norbert Reichert, nicht zu einer Diskussion gekommen, da der Vorschlag für ein Fachgespräch von Seiten der Verwaltung gemacht wurde. Zudem bedaure Frau Brauckmann, dass im letzten Sozialausschuss das Thema ebenfalls nicht ausführlich diskutiert worden sei. Sie könne jedoch gerne ihre Fragen aus dem Sozialausschuss jetzt hier nochmals wiederholen. Die Beantwortung sei im Sozialausschuss zu unkonkret gewesen. Deshalb sei es weiterhin unklar, in welcher Weise die spezifischen Lebensweisen sexueller Identität und geschlechtliche Vielfalt bei der Fachplanung berücksichtigt würden. Wie entsprechend geschult werde und woran z.B. die SBK ihre Erfahrungen messe, dass der Mensch sich in jedweder Identität aufgehoben fühle.

Frau BM Scho-Antwerpes bekräftigt, dass das Thema in der Krankenpflege genauso wie in der Altenpflege in die Aus- und Weiterbildung gehöre. Das Thema sei aus ihrer Sicht noch nicht auf dem richtigen Weg.

Herr Schuhmacher empfiehlt, dass Thema als Pflegestandards zu definieren. Das wäre vor 30 Jahren der richtige und einzige Weg gewesen, wie AIDS als Thema gesetzt werden konnte. Die Fragestellung müsse aus seiner Sicht sein, wie Standards definiert würden und wer daran beteiligt sei. Ohne Standards fehle die Durchsetzungskraft auf kommunaler Ebene.

Frau Brauckmann weist aus ihrer Erfahrung in der „Landesfachberatung Gleichgeschlechtliche Lebensweisen in der Senior\*innenarbeit“ darauf hin, dass es vielleicht ein zu hohes Ziel

und ein zu schwieriger Prozess sei, die Ausbildungspläne zu ändern. Vielleicht sei es sinnvoller, etwas niedriger anzusetzen und Prozesse zu begleiten, ähnlich wie sie selbst dies gerade in Oberhausen tue. Das Thema in die Fortbildung einzubringen wäre sicher einfacher, also ein Top-Down-Ansatz, von Vorgesetzten über Fortbildung und Qualitätsmanagement. Fragen zu Toleranz, Akzeptanz und Haltung sowie die Einbeziehung geschlechtlicher Vielfalt könnten sicher gut im Rahmen von Fortbildung und Qualifizierung thematisiert werden. Als Landesfachberatung könnten sie dazu auch in Köln ihre Erfahrungen anbieten. Das Thema Ausbildung wäre auf anderer Ebene anzugehen.

Frau OB Reker schlägt vor, beide Wege anzugehen. Man müsse sich fragen, wie und was könne beispielsweise in einem Fachgespräch kurzfristig umgesetzt werden und was könne auf politischem Weg, z.B. beim Städtetag, langfristig umgesetzt werden.

Frau Rehberg berichtet von der sehr guten Erfahrung aus dem im letzten Jahr stattgefundenen Fachgespräch „Trans\* im Krankenhaus“. Ein ähnliches Format zum Thema Pflege habe sicher einen ähnlichen Erfolg. Der Kontakt zu Herr Woltmann, Amt für Soziales und Senioren, bestehe bereits. Zudem plane Herr Dr. Rau derzeit eine große Veranstaltung zum Thema „Zukunft Pflege in Köln“. Das Thema LSBTI sei ein Querschnittsthema, das auf vielen Ebenen zu bearbeiten sei, vielleicht in kleinerem Rahmen mit Fachgesprächen und Workshops. Mit Blick auf den demografischen Wandel sei es eine Gesamtaufgabe, die im Dezernat V zu platzieren sei.

Frau Bonnemann weist auf eine internationale Konferenz zum Thema „LSBTI und Alter“ Ende April in Amsterdam hin, die vom Rainbow Cities Netzwerk in Kooperation mit der Stadt Amsterdam organisiert werde und auf der auch internationale „Good-Practice“ Beispiele vorgestellt würden.

Frau Brauckmann ergänzt, dass sie an der Konferenz mit der Landeskoordination auch beteiligt sei. Durch die gute Vernetzung könne geschaut werden, wie Standards in anderen Ländern seien.

## **4 LSBTI Geflüchtete**

### **4.1 Anhörung von LSBTI-Geflüchteten in NRW hier: mündlicher Sachstandsbericht**

Herr Oster bezieht sich auf den Bericht des Flüchtlingsrates zur Befragung von Geflüchteten durch das BAMF, der in einer der letzten Sitzungen der StadtAG vorgestellt wurde. Herr Schuhmacher habe damals dazu aufgefordert, auf den erschütternden Bericht zu reagieren. Herr Dr. Rau hätte damals überlegt den Deutschen Städtetag zu involvieren oder einen Appell des Rates zu formulieren. Er selbst habe nun einen anderen Vorschlag. Da der Deutsche Städtetag eine Befragung durch das BAMF sicher nicht als Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung ansehe, sei dort das Interesse sicher gering, sich mit dem Thema zu beschäftigen. Ein Appell des Rates setze sicherlich ein deutliches Signal, sei aber schlecht nachzuverfolgen wegen unklarer Zuständigkeiten. Deshalb habe er den regionalen Vertreter des BAMF zu einem Gespräch eingeladen sowie die für den Bericht zuständige Kollegin vom Flüchtlingsrat.

Die StadtAG LST nimmt den mündlichen Sachstandsbericht zur Kenntnis.

## **5 Sichtbarkeit von Lesben in Köln**

### **5.1 Lesbianfrühlingstreffen in Köln 2019 hier: mündlicher Sachstandsbericht**

Frau OB Reker berichtet, dass der Vertragsentwurf für die Miete der Gesamtschule Holweide für das Pfingstwochenende den Organisatorinnen des Lesbianfrühlingstreffens am 21.12.2018 zugeschickt worden sei. Da der Verein noch einige Fragen hatte,

habe sich der Vertragsabschluss etwas verzögert. Die Fragen seien inzwischen geklärt worden, so dass eine Vertragsunterzeichnung in Kürze anstehe.

Die StadtAG LST nimmt den mündlichen Sachstandsbericht zur Kenntnis.

## **6 Diversity**

Zu diesem TOP liegen keine Mitteilungen vor.

## **7 Sachstandsberichte und Mitteilungen**

### **7.1 Entschädigung von ehrenamtlichen Gremienmitgliedern 4277/2018**

Die StadtAG LST nimmt die Mitteilung mit Freude zur Kenntnis.

### **7.2 LSBTI Austausch mit Partnerstädten: Planung 2019 hier: mündlicher Sachstandsbericht**

Frau Bonnemann berichtet, dass die Planungen laufen und es bereits das zweite Vorbereitungstreffen der Unterarbeitsgruppe u.a. mit Bürgermeister Andreas Wolter und drei Vertretungen aus dem KLuST Vorstand gab. Das Schwerpunktthema sei in diesem Jahr das 50. Jubiläum der New Yorker Stonewall-Aufstände. Aus diesem Grund ist geplant aus sechs Partnerstädten, in denen es Pride-Demonstrationen gebe, je eine Person von den dortigen Pride-Veranstalter\*innen einzuladen. Aus zwei Städten solle – nach Möglichkeit - zusätzlich jeweils eine Person aus der Verwaltung, die dort für das Thema LSBTI zuständig sei, eingeladen werden. So könne verglichen werden, wie in anderen Städten die politische Teilhabe für die LSBTI-Community funktioniere und wie sich dort der Austausch zwischen Verwaltung und Politik gestalte. Es sei geplant die Städte Tel Aviv, Liverpool, Barcelona, Lille, Katowice und Cluj anzufragen. Da sich im letzten Jahr gezeigt hätte, wie wichtig die Unterstützung aus Köln für die Aktivist\*innen vor Ort sei, würden dieses Jahr erneut Vertreter\*innen aus Katowice und Cluj eingeladen. Das Programm werde vom 04. bis zum 07. Juli 2019 über vier Tage laufen und inhaltlich an das Programm der letzten Jahre angelehnt sein. Für eine öffentliche Veranstaltung an dem Donnerstagabend vor dem CSD-Wochenende sei bereits das Forum der VHS gebucht. Der KLuST e.V. habe zum Cologne Pride ein bis zwei Zeitzeugen der Stonewall-Aufstände eingeladen, von denen eine Person ein kurzes Grußwort bei dieser Veranstaltung halten werde. Im Hauptteil werden die Gäste aus den Partnerstädten über die Situation für LSBTI und die Geschichte der Pride-Bewegung in ihrer Heimat berichten.

Herr Spröde bedankt sich bei der Planungsgruppe für die Vorbereitung und weist auf die Situation für LSBTI in Brasilien aber vor allem auch in der Kölner Partnerstadt Rio de Janeiro hin. Es sei wichtig, die Situation dort wachsam zu beobachten. Er frage sich, ob es nicht möglich sei, als Partnerstadt ein Signal nach Rio zu senden.

Frau Dreiocker erläutert, dass es von Seiten der Stadt gute Kontakte zur LSBTI-Szene in Rio gebe und dass ein persönlicher Austausch mit Aktivist\*innen vor Ort vor kurzem noch stattfand.

Herr BM Wolter findet, es sei eine Überlegung wert, ob nicht im Bereich LSBTIQ ein kleiner Projektantrag über das BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit) gestellt werden könne, um damit einen Austausch mit einzelnen Ländern

des sogenannten „globalen Südens“ wie zum Beispiel Nicaragua oder Brasilien zu organisieren. Menschen von dort nach Köln zu holen sprengt sicher den finanziellen Rahmen, den die Stadt für den „Sister Cities-Austausch“ zur Verfügung habe. Er empfehle, sich in den nächsten Monaten ein Konzept zu überlegen, um vielleicht im nächsten Jahr dann entsprechende Fördermittel beim BMZ zu beantragen, oft gebe es eine 90-prozentige Förderung.

Frau Tokyürek ergänzt, dass sie sich - nachdem Herr Spröde jetzt Rio genannt habe - als eingeladene Partnerstadt auch Istanbul gewünscht hätte. Es gebe sehr viele Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, die Interesse an Mitwirkung hätten. Istanbul stehe vor den Kommunalwahlen, man wisse nicht, was dort noch passiere. Die Beteiligung von Istanbul wäre ein gutes Zeichen gewesen.

Frau Brauckmann sagt, dass gerade vor der Europawahl viel Energie in dem Thema sei. Sie werde über mögliche Projekte mit dem BMZ nachdenken. Aus Istanbul sei im letzten Jahr eine Aktivistin beim Austausch dabei gewesen

Die StadtAG LST nimmt den mündlichen Sachstandsbericht zur Kenntnis.

### **7.3 Studie: LSBTIQ als wirtschaftlicher Standortfaktor für Köln hier: mündlicher Sachstandsbericht**

Frau OB Reker berichtet, dass die Ergebnisse der Studie „LSBTIQ als Wirtschaftsfaktor für Köln“ am 7. Deutschen Diversity Tag - das sei dieses Jahr Dienstag, der 28. Mai - veröffentlicht würden.

Herr Spröde erklärt, dass man froh sei, wenn die Studie endlich veröffentlicht werden. Er bestätigt, dass die Fachstelle bereits einen Termin anvisiert habe, um mit der Arbeitsgruppe der StadtAG, die die Studie begleitet habe, über den Abschlussbericht zu schauen.

Frau Bonnemann teilt mit, dass man zurzeit noch in der Abstimmung sei, ob es eine Pressemitteilung oder eventuell sogar am Deutschen Diversity Tag ein Pressegespräch gebe.

Herr Oster findet die Veröffentlichung der Ergebnisse gut, aber nicht ausreichend. Die Studie enthalte klare Aussagen, die als Botschaft in die Stadtgesellschaft müssten. Es gehe auch bei der Arbeit im neuen Amt darum, die positiven Aspekte von Vielfalt umzusetzen. Die Studie werde dabei helfen, zu erläutern inwieweit sich der Standortfaktor Vielfalt auf Köln auswirke. Mit dieser Botschaft könne gearbeitet werden. Sie könne beispielsweise eine Grundlage für Kampagnen sein, ein guter Startschuss um am Bewusstsein und an der Wertschätzung von Vielfalt zu arbeiten. Erste Umsetzung ist die Botschaft, im Laufe des Jahres zu überlegen, wie weiter gearbeitet werde.

Frau Dr. Blatz bestätigt, dass in der Studie viel Brisanz stecke. Bei den Handlungsempfehlungen/der Kampagne bestehe in der StadtAG der Wille und die Lust zur Mitarbeit, auch im Sinne des Diversity Konzeptes.

Herr Spröde fragt, ob der Begriff „Wirtschaftsstudie“ beibehalten werde. Er halte ihn für ungünstig, weil die Studie über den wirtschaftlichen Aspekt hinaus auch soziale Fragestellungen bearbeitet habe und beispielsweise auch wichtige Daten über die Lebenssituation von LSBTI bundesweit liefere.

Frau OB Reker weist darauf hin, dass die Studie den finalen Titel: „LSBTIQ als Wirtschaftsfaktor für Köln“ tragen werde, man spräche nur abgekürzt von „Wirtschaftsstudie“. Die Studie beinhalte in der Tat über das Thema Wirtschaftsfaktor LSBTIQ hinaus auch noch weitere Aspekte. Sie fände es sinnvoll, wenn bei der Vorstellung der Studie diese bereits mit einigen Maßnahmen verknüpft werden könnten. Wichtig sei, mit dieser Studie nicht in der Community zu bleiben, sondern sie auch in anderen Kreisen vorzustellen, der IHK zum Beispiel.

Herr Spröde unterstreicht diese Aussage sehr. Über Köln hinaus habe er hohes Interesse für die Studie erfahren, so aus Berlin, Hamburg und anderen großen Kommunen, die die Studie sehnlichst erwarteten, ebenso die Kölner IHK. Es gebe also ein großes Publikum, weil die Studie sich beispielsweise mit der Frage beschäftige, wie offen eine Stadt für Vielfalt sein

müsse, damit Unternehmen sich dort ansiedeln und damit Menschen dort gerne leben. Diese Fragen ließen sich gut umsetzen in Handlungsempfehlungen, wie beispielsweise die personelle Aufstockung in der Fachstelle LSBTI.

Frau Brauckmann stellt in Frage, ob es tatsächlich die „erste“ Studie dieser Art sei. Es gebe schon eine bemerkenswerte Vorgängerstudie in München mit dem Titel „Wir unter dem Regenbogen“, in der auch die gesellschaftliche Situation von LSBTI in München untersucht werde. Es ehre Köln nur, wenn man solche Studie auch würdige.

Herr Saurenbach nennt die Studie einen großen Fortschritt im Vergleich zu der Studie vor 14/15 Jahren, in der zwei Monate Karneval mit zwei Tagen CSD verglichen worden seien. Die Studie von damals sei schlecht gewesen, da seien Schwule und Lesben schlecht weggekommen.

Frau OB Reker erläutert, dass sich die Gesellschaft nicht nur in Köln, sondern in ganz Deutschland verändert habe. Sie stimme Frau Brauckmann zu, es sei nicht wichtig, ob es die erste Studie sei, sondern in welcher Zeit die Studie erstellt worden sei und welche Aktualität sie habe. Man muss gut überlegen, was man aus den Ergebnissen mache und an wen die Studienergebnisse adressiert werden.

Herr Spröde dankt der Politik, die damals Geld abgeknipst und für die Studie zur Verfügung gestellt habe, wohlweislich dass mit der Studie Nachfolgekosten kommen könnten.

Die StadtAG LST nimmt den mündlichen Sachstandsbericht zur Kenntnis.

#### **7.4 Aktionsplan LSBTI: „Selbstverständlich unterschiedlich - Aktionsplan der Stadt Köln zur Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt“ 0729/2019**

Es gibt keine Rückfragen zu der vorliegenden Mitteilung.

Die StadtAG LST nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

#### **7.5 Kampagne zur Erhöhung der Anzeigenbereitschaft bei homo- und transphober Gewalt 0740/2019**

Herr Schuhmacher erklärt, dass die für Köln geplante Kampagne einen anderen Ansatz habe als die Landeskampagne. Ziel sei die Erhöhung der Anzeigenbereitschaft, dies könne man nicht nur mit Plakaten alleine erreichen. Stadt und Community müssten den Menschen, die gerne anzeigen würden, Angebote machen, dass sie überall ihre Anzeige abgeben können. Die Kölner Polizei habe signalisiert, dass für sie die Kampagne zur Erhöhung der Anzeigenbereitschaft nur dann sinnvoll sei, wenn die Gruppe sich selbst engagiere und nicht nur eine Beratungsstelle, sondern die Community als Ganzes mitmache, da die Ängste sehr groß seien. Viele Menschen würden sich nur dann überwinden, wenn sie mit jemandem reden könnten, ob es der Wirt in der Kneipe, die Beratungsstelle oder die Polizei sei. Da die Anzeigenbereitschaft bzw. das Vertrauen von Opfern Anzeigen zu formulieren erhöht werden soll, seien beide Kampagnen gerechtfertigt. Die Dunkelziffer an nicht erfassten Gewalttaten sei immer noch viel zu hoch und da sie nicht erfasst werden, zu wagen, um nicht zu handeln. Die Landeskampagne sei – in einem Vergleich - wie ein Zebrastrifen, die Kölner Kampagne hingegen sei wie die Schülerlotsen, die dafür sorgen, dass alle zum richtigen Zeitpunkt über die Straße gingen. Die Kölner Kampagne unterstütze also die, die sich allein nicht trauen würden, Anzeige zu erstatten.

Frau Scho-Antwerpes unterstützt die Aussage von Herrn Schuhmacher. Es gehe ja darum, den Menschen Mut zu machen, Dinge zur Anzeige zu bringen, die ihnen passiert seien. Der Rechtsruck sei leider auch in Köln auf dem Vormarsch. Kampagnen, wie die vom Land, könne sie sich auch in Köln sehr gut vorstellen. Man wisse ja, dass die Realität sich in den Statistiken der Polizei nicht wider spiegele.

Frau OB Reker betont, dass niemand eine hohe Dunkelziffer bestreite. Der Köder müsse dem Fisch und nicht dem Angler schmecken. Es sei keine Frage, dass auch Köln eine Kampagne

bräuchte. Die Frage sei, ob wir beide Kampagnen gleichzeitig bräuchten und inwieweit die Polizei involviert sei. Vielleicht sei es sinnvoller die Kölner Kampagne anschließend umzusetzen.

Herr Schuhmacher erläutert, dass die Landeskampagne für ganz NRW gelte. Die Landeskampagne helfe sicher auch anderen Städten, in denen es keine eigene regionale Kampagne gebe. Bei der Arbeitsgruppe für die Kölner Kampagne gebe es zwei von der Polizei abgestellte Kollegen, die engagiert mitgearbeitet hätten. Die Anfrage nach Sonderbeauftragten für Lesben und Schwule sei von der Kölner Polizei verneint worden, die Kanäle der Polizei, die für alle gelten, sollten genutzt werden. Wichtig sei ihm, dass ein Vertrauensverhältnis zwischen StadtAG und Polizei in den vergangenen Jahren entstanden sei. Die Materialien der geplanten Kölner Kampagne, die auch das Logo der Polizei enthalten sollen, hätten den Vorteil das Polizeibeamten, die die Kampagne gar nicht kennen, so ihre Zuständigkeit anerkennen könnten. Wichtig sei es die Community einzubinden, also auch die kommerzielle Szene, die die Menschen ermuntern könne Anzeige zu erstatten. Eine kommunale Kampagne könne es schaffen, dass sich jeder zuständig fühle.

Frau OB Reker schlägt vor zunächst auf Verwaltungsseite zu warten, bis eine Abstimmung mit der Polizei zum weiteren Vorgehen erfolgt sei.

Herr Oster ergänzt, dass eine Kampagne nur erfolgreich sein könne, wenn sie lokal verankert sei und man lokale Bündnispartner habe. Der einzige Dissens der derzeit bestehe sei, dass zwei Kampagnen nebeneinander stünden. Es sei klar, dass man die Polizei in der zweiten Kampagne brauche. Die Frage sei, ob man die Landeskampagne eventuell auf die Kommune runterbrechen könne. Die Polizeibeamten, die engagiert in der Kölner Arbeitsgruppe mitgearbeitet haben, hätten eine Verfügung ihrer Leitung erhalten, dass die Landeskampagne zu unterstützen sei. Bei einer städtischen Kampagne bedürfe es der Mitwirkung der Polizei. Es müsse jetzt ein Weg gefunden werden, wie die Polizei als Partner für die Kölner Kampagne weiterhin beteiligt sein könne. Die Klärung hierzu stehe noch aus. Eine Abstimmung mit der Führung in der Polizei erfolge derzeit.

Herr Schuhmacher bestätigt dies als anstehende Aufgabenstellung. Wenn wirklich etwas verändert werden solle und auch die Stadtverwaltung sage, sie wolle etwas verändern, dann sei es in jedem Fall die Hausaufgabe, noch einmal auf die Polizei zuzugehen. Der Prozess sei angestoßen, es gehe jetzt darum, den Weg weiterzugehen und nicht zu sagen, es gebe jetzt eine Landeskampagne und das reiche. Die Polizei solle für die Kölner Kampagne gewonnen und nicht überrannt werden. In vielen Einzelfällen habe die Zusammenarbeit mit der Polizei bisher schon sehr viel gebracht.

Die StadtAG LST nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

## **8 Berichte aus Ausschüssen**

Frau Westphal weist darauf hin, dass die Anmeldebögen für die Schulen überarbeitet werden müssten. Diese seien zum Teil immer noch mit „Mutter“ und „Vater“ versehen. Ihr Vorschlag sei diese Formulierung durch „Ehrziehungsberechtigte“ zu ersetzen. Dies würde ebenso die Formulare der Schuleingangsuntersuchung für die Grundschulen betreffen. Sie habe dies im Schulausschuss bereits mehrfach erwähnt. Es soll eine Aufforderungen an die Schulen gegeben haben, dies zu ändern. Bisher sei aber nichts passiert. Es wäre toll, wenn es eine Vehemenz gäbe.

Frau OB Reker bestätigt, dass dies kein neues Thema sei. Sie gebe die Anmerkung gerne weiter.

Frau Westphal bittet um eine erneute schriftliche Aufforderung an die Schulen. Das könne ja nicht schaden.

Frau OB Reker stimmt dem zu. Sie bedankt sich für die Anmerkung von Frau Westphal

## **9 Mündliche Anfragen**

Frau Sänger fragt nach, ob und warum sie die Anlagen zu TOP 7.1 erst heute erhalten habe.

Frau Bonnemann weist daraufhin, dass der TOP 7.1 bereits auf der ersten Tagesordnung stand, die fristgerecht mit der Einladung vor 14 Tagen verschickt worden sei. Es sei ein Hinweis verschickt worden, dass unter dem mitgeschickten Link alle Anlagen zu den einzelnen TOPs im Internet einzusehen seien und bei Bedarf heruntergeladen werden könnten. Es sei nicht die gängige Praxis jede Anlage als PDF einzeln zu verschicken. Am Tag vor der Sitzung würden immer alle Anhänge in einem PDF zusammengefasst verschickt werden.

Herr Steffen stellt eine Frage zum geplanten Auftritt von Buju Banton beim Kölner Summerjam-Festival. Er würde gerne wissen, ob es Bestrebungen gebe, den Auftritt des Künstlers - oder im Zweifelsfall das gesamte Festival - abzusagen.

Frau Rehberg erklärt, dass das Sportamt zu dem Thema im engen Austausch mit dem KLuST e.V. stehe. Für das Problem werde es eine zufriedenstellende Lösung geben. Der Künstler Buju Banton werde noch einmal ein Statement abgeben, dass er sich gewandelt habe in seiner Ansicht.

Frau Wolf erläutert, dass der KLuST e.V. dazu eine Pressemitteilung mit Forderungen herausgegeben habe. Auch ein Interview mit dem Deutschlandfunk habe stattgefunden. Es habe ein nicht ausreichendes Statement vom Veranstalter bzw. vom Künstler gegeben. Ein zweites Statement einzufordern werde vom Vorstand für ausreichend angesehen. Man sehe die Angelegenheit auch aus der Historie von Jamaika selber. Es werde jetzt beobachtet, welche Lieder Buju Banton bei großen Festivals in anderen Ländern singen würde und dann würden Konsequenzen gezogen.

Frau Brauckmann hat eine Frage zur Ausstellung „Unsere Freiheit hat Geschichte“. Einige Bezirksrathauser wie Lindenthal, Ehrenfeld und Rodenkirchen hätten die Roll Ups der Ausstellung bereits aufgestellt. Die Frage sei, in welchen Räumlichkeiten die Ausstellung eventuell noch präsentiert werden könne.

Frau Bonnemann weist auf eine längere Liste mit möglichen Räumlichkeiten hin, die in der Fachstelle angefertigt wurde. Diese Liste gebe einen Überblick, wo bereits angefragt wurde. Sie werde Frau Brauckmann eine Rückmeldung geben, falls noch weitere Räumlichkeiten angefragt werden könnten.

## **10 Öffentlichkeitsarbeit**

### **10.1 Cologne Pride 2019 hier: mündlicher Sachstandsbericht**

Frau OB Reker teilt mit, dass dieses Jahr vom 24. Juni bis zum 07. Juli – also für die gesamte Zeit des 2-wöchigen Cologne Pride - sowohl die Deutzer Brücke, als auch die Zoo-Brücke mit Regenbogenfahnen beflaggt werde. Die Beflaggung laufe in Kooperation mit dem Veranstalter des Cologne Pride, dem KLuST e.V. Ebenso könne sie verkünden, dass die Stadtverwaltung dieses Jahr zum ersten Mal bei der CSD Demo/Parade mit einem eigenen Wagen und einer Fugruppe mitgehen werde. Auf Initiative von „Buntwerk“ dem Netzwerk der LSBTI-Mitarbeitenden in der Kölner Stadtverwaltung werde gerade die Teilnahme vorbereitet.

Die StadtAG LST nimmt den mündlichen Sachstandsbericht zur Kenntnis.

**11 Themen der nächsten Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender**

Zu diesem TOP liegt nichts vor.

**12 Verschiedenes**

Zu diesem TOP liegt nichts vor.

Frau OB Reker bedankt sich bei allen Mitgliedern für die Mitarbeit und schließt die Sitzung.

Gez. Henriette Reker

Oberbürgermeisterin

gez. Susanne Bonnemann

Geschäftsführerin